

«Wie staatsnah dürfen, sollen, müssen Medien sein?»

Journalisten, Medienmanager und Politiker im Gespräch

Eine Veranstaltung der «Stiftung für MeinungsFreiheit und MedienVielfalt» am 25. April 2018 im Savoy Baur en Ville Hotel, Zürich

Teilnehmer an der Podiumsdiskussion:

Susan Boos, Redaktorin, WoZ Die Wochenzeitung

Jean-Michel Cina, Verwaltungsratspräsident SRG SSR

Eric Gujer, Chefredaktor NZZ

Christian Wasserfallen, Nationalrat, Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur

Moderation: Peter Hartmeier, Publizist und Berater; Teilhaber «Lemongrass Communications AG», Zürich

Einleitung von Peter Hartmeier

«Die Menschen wollen auch in Zukunft die Welt besser verstehen – nur: Wer macht's möglich?»

Sehr geehrte Damen und Herren;

Marina Masoni hat den Finger auf einen wunden Punkt gelegt: Wie gross muss der Sicherheitsabstand sein zwischen Staat und Gesellschaft, um den Medien als vierte Gewalt im Lande ihre Rolle zu sichern? Und daraus ergibt sich die zweite Kernfrage: wie sieht strukturell und betriebswirtschaftlich das Modell aus, welches den Journalisten ermöglicht, ihre Aufgabe zu erfüllen? Wenn es uns nicht gelingt in nützlicher Frist diese Frage zu beantworten, werden immer weniger wirklich kreative jungen Leute mit exzellenter Ausbildung in diesen nach wie vor wunderbaren Beruf drängen (wenn ich «wunderbar» sage, weiss ich, von was ich rede).

Ich beobachte aus beruflichen und familiären Gründen, wie sich Unternehmen heute um junge Leute bemühen, um sie für sich zu gewinnen. Eine Industrie, die entweder nur noch auf staatliche Unterstützung setzt oder offen zugeben muss, sie kenne ihr

Business Modell für die Zukunft nicht, wird zunehmend Mühe mit der Rekrutierung ausserordentlicher Kräfte bekunden.

Heute morgen zitierte der Branchen-Dienst «persönlich» eine Umfrage unter Journalisten, nach der die SRG die mit Abstand beliebteste Arbeitgeberin ist – irgendwo erwähnt wird noch die NZZ und dann eigentlich niemand mehr. Fast noch furchterregender ist die Erkenntnis dieser Studie, dass die meisten befragten Journalisten früher oder später Pressesprecher beim Staat werden möchten. Die Distanz zwischen Staat und Redaktionen löst sich offenbar schon bei Beginn der journalistischen Karriere auf.

In einem Punkt besteht Konsens zwischen uns allen – zu welchem politischen Lager, man sich auch zählt, zu welcher Generation man auch gehört: wir möchten uns kundig machen über diese Welt. Wir möchten sie besser verstehen. Und dazu brauchen wir Journalismus. Und damit Journalisten.

Der amerikanische Harvard-Philosoph Michael Sandel wurde gestern im Feuilleton der NZZ mit folgender Aussage zitiert: gesellschaftliches Leben setze ein bestimmtes Mass an Aufmerksamkeit, an Überlegen, an Zuhören, an Argumentieren voraus und damit die Fähigkeit, logische Schlussfolgerungen ziehen zu können. Das verlangt eine bestimmte Präsenz des Menschen. Diese Präsenz, meine Damen und Herren, wird massgebend hergestellt durch den Medien-Konsum des Einzelnen.

Wie aber stellt eine Gesellschaft den Menschen solche Medien zur Verfügung?

Entstehen sie über den Markt? Ganz wichtig heutzutage: über die Technologie? Durch gewitzte Journalisten: ich denke an die traditionsreiche WoZ oder das neue Online-Portal "Republik"? Durch eine per Volksabstimmung legitimierte SRG? Durch traditionsreiche Medienhäuser wie Ringier oder Tamedia, die unternehmerisch wagemutig, sich auf neue Felder vorwagen? Durch eine NZZ, die den Fokus auf die Publizistik geradezu beschwört? Eine AZ, die bewusst sich für das Segment des Regionaljournalismus entscheidet?

Damit ist die Frage gestellt, wie nahe oder entfernt vom Staat die Medien ihren publizistischen Auftrag erfüllen: wie nahe sollen, müssen, dürfen Medien beim Staat sein? Wie eng sollen Journalisten mit Politikern und Beamten bekannt und verbandelt sein? Derselben Frage müssen sich aber auch Wirtschaftsjournalisten stellen - gerade dann, wenn sie als kompetente Spezialisten einer Branche oder bestimmter Firmen unterwegs sind.

In der Fragestellung unserer Diskussion klingt Gefahr mit – auch für die vom Volk und den Journalisten geschätzte SRG: die SRG hat sich zu einer parastaatlichen Parallel-Organisation entwickelt, wohlwollend begleitet vom Bundesrat, kontrolliert von zahlreichen Gremien und einem sorgsam austarierten Verwaltungsrat. Darüber mag man spötteln, aber die grosse Mehrheit des Volkes, welche die «No Billag-Initiative» versenkt hat, stützt diese Ambition: der Staat soll offenbar direkt und indirekt die Medienindustrie retten.

Warum? Weil noch niemand weiss, wie man mit Journalismus Geld verdienen kann; weil Social Media-Unternehmen heutzutage de facto oft Monopol-Unternehmen sind; weil reiche Mitbürger Medien zusammenkaufen, um die eigene Meinung zu propagieren. Deshalb soll jetzt plötzlich der Staat einspringen, um den Journalismus zu retten. Der Liberale wundert sich, hat aber auch keine rasche Antwort parat. Der gesellschaftliche Diskurs hat sich also gründlich verändert in den letzten Monaten. Plötzlich wird nicht mehr nur die fehlende Distanz zum Staat moniert - im Gegenteil: der Staat soll mit seinem Geld den Journalismus, die Meinungsbildung und die Medien retten. Die No Billag-Initianten hatten davon wohl nicht geträumt, dass wenige Wochen nach ihrer Niederlage genau das Gegenteil ihrer Ambitionen diskutiert wird.

Welche Rolle soll der Staat spielen - oder eben nicht?

Die Menschen wollen Medien und Journalismus nutzen. Alte und Junge. Ob sie auch bezahlen wollen dafür? Freiwillig oder nur unter Zwang?

Der bereits zitierte Harvard-Philosoph Michael Sandel sagt das so: "Die Menschen wollen in den Diskurs eintreten, und sie wollen das tun auf der Basis von gegenseitigem Respekt." Das wiederum bedingt Journalismus, Publizistik. Deshalb müssen wir darüber diskutieren, welche Rolle der Staat dabei spielen soll und welche nicht.

Und wir tun das mit vier Persönlichkeiten, die wissen, von was sie reden.

(es gilt das gesprochene Wort)